Zeitschrift: Widerspruch : Beiträge zu sozialistischer Politik

Herausgeber: Widerspruch

Band: 2 (1982)

Heft: 4

Artikel: Interview mit Daoud Barakat (PLO) : "Wir reichen der israelischen Opposition die Hand"

Autor: Cahannes, Franz / Barakat, Daoud

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-652420

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 16.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

kurz nach dem Einmarsch im Libanon 20'000 Menschen zu einer Protestdemonstration mobilisierten. Darauf gab auch die Schalom-Achschaw (Frieden-Jetzt)-*Bewegung ihre Vorbehalte auf und nahm eindeutig Position gegen die Begin/Sharon-Regierung. Die Schalom-Achschaw, 1978 von kritischen Militärs im Gefolge der Camp-David-Verträge gegründet und infrastrukturell von der* Mapam„ *einer lange Zeit an der Koalition mit der Arbeiterpartei beteiligten und in der Kibbuz-Bewegung verankerten Partei, unterstützt, setzte sich nun, trotz einer unklaren Haltung zur Palästinenserfrage für die Rückgabe der besetzten Gebiete und einen Frieden mit den arabischen Nachbarländern ein. Sie organisierte am 3.Juli eine Protestdemonstration mit rund 100'000 Teilnehmern.*
Zuletzt, nach den Massakern in Beirut, konnte nicht einmal mehr die Mapai *(Arbeiterpartei Simon Peres') beiseite stehen. An einer von rund 400'000 Menschen besuchten Kundgebung forderte sie die Abberufung Sharons als Verteidigungsminister.*
Die israelische Opposition ist also sehr differenziert, unterstützt wird sie teilweise von Juden aus der Diaspora. Zum erstenmal zeigen sich demnach innerhalb des Judentums grundsätzliche Unterschiede, was – wie Barakat betont – Perspektiven in Richtung einer langfristigen Lösung eröffnet.

Interview mit Daoud Barakat (PLO)

„Wir reichen der israelischen Opposition die Hand"

„Unser Nationalrat hat mehrere Resolutionen verabschiedet, welche die Aufnahme des Dialogs mit den demokratischen Kräften in Israel verlangen und wir sind bereit, mit allen, welche unser Recht auf Selbstbestimmung anerkennen, Verbindung aufzunehmen."

Yassir Arafat in „Le Monde" vom 10. August 1982

Nach dem Vernichtungsfeldzug der Israelis steht die PLO heute vor einer sehr schwierigen Situation. Auf der einen Seite hat die PLO politisch an Terrain gewonnen, auf der anderen Seite wurde ihre militärische Struktur im Libanonfeldzug der Israelis deutlich geschwächt. Wie sieht die PLO ihre politischen Perspektiven?

Die Schwierigkeiten haben nicht erst mit der israelischen Invasion im Libanon begonnen. Die schwierige Zeit für die Palästinenser hat mit der britischen

Besatzung Palästinas und der jüdischen Immigration angefangen. Die damalige palästinensische Bewegung musste Widerstand leisten nicht nur gegen korrupte politische Strukturen im Lande selbst, sondern auch gegen einen besonderen Typus von Kolonialismus in Palästina. Während und unmittelbar nach dem zweiten Weltkrieg konnten die Palästinenser mit keinerlei Unterstützung der benachbarten, arabischen Länder rechnen. Diese standen alle in einer ähnlichen Situation kolonialistischer Abhängigkeit. Das Problem der Isolation war also für das palästinensische Volk gegeben, das 400 Jahre unter dem osmanischen Reich und ohne politische Bewegung existiert hatte.
1948 wurde der Staat Israel gegründet und die Palästinenser durch den Exodus auf verschiedene arabische Länder aufgeteilt. Dies wiederum hat dazu geführt, dass sämtliche politischen Strukturen der Palästinenser zerschlagen wurden. Nach einem solchen politischen Schock braucht es viel Zeit, um in einem Volk eine neue politische Avantgarde zu schaffen. Erst 1965 wurde die PLO gegründet, die sich ein Programm gab und militärische Aktionen als Befreiungsorganisation ausübte. Die Niederlage der arabischen Armeen im Juni 67 war der Anfang eines Zusammenwachsens der Palästinensischen Bewegung. Dieser Prozess verlief ziemlich rasch, vor allem in Gebieten, in denen Palästinenser in grosser Zahl präsent waren. Gerade in Westjordanien wurde die Bewegung militärisch und politisch äusserst stark, so dass Jordanien, unterstützt von den Amerikanern, Israelis, von den reaktionären arabischen Kräften, die palästinensische Bewegung zu zerschlagen versuchte. Gleichzeitig machten wir selbst Fehler, die ich als normal betrachte in einer Zeit des Aufbaus. All dies hat zum Massaker in Jordanien im September 1970 geführt, worauf die PLO gezwungen wurde, ihre Aktivität auf den Libanon zu konzentrieren.
Der Libanon, in seinem Aufbau als westlich orientierte Demokratie, ein schwaches System voller politischer und religiöser Widersprüche, hat für uns seine negativen und positiven Seiten. Negativ in dem Sinne, dass wir zu einem Teil der internen Probleme des Libanon geworden sind. Positiv dadurch, dass es das einzige arabische Land ist, in dem eine stark politisierte und gut organisierte nationale Bewegung existierte, die die palästinensische Befreiungsbewegung vollumfänglich unterstützte. Von 1975 bis zur israelischen Invasion kann man von einem beinahe einheitlichen Kampf der Palästinenser und der Libanesen reden. Wir unterstützen die Ambitionen der libanesischen Nationalen Front für den Aufbau eines progressiven Systems im Libanon. Sie unterstützen uns als Palästinenser und als progressive Kräfte im Kampf gegen die israelische Okkupation Palästinas; gleichzeitig war es ihr eigener Kampf, die Israelis daran zu hindern, auch den Libanon zu beherrschen. Es bestand ja stets die zionistische Ansicht, dass der Libanon im strategischen Interessenbereich Israels liege, vor allem das Gebiet bis zum Litani, wo grosse Wasserreserven liegen. Was geschieht nun, nach der israelischen Invasion im Libanon und der Ausgliederung – nicht Zerschlagung – der militärischen Kräfte der PLO in verschiedene arabische Länder und insbesondere deren Konzentration im Norden sowie im Osten des Libanon? Dies ist eine Frage, die noch einige Zeit braucht, um beantwortet werden zu können. Aber es wird sicher eine grosse interne Diskussion innerhalb

der PLO geben. Wir gehen davon aus, in Kürze den Nationalkongress einberufen zu können, um eine politische Diskussion innerhalb der PLO zu führen. Die neue Situation muss analysiert und ein neues politisches Programm der PLO verabschiedet werden.

Ist es nicht so, dass Forderungen der PLO, die in der ganzen Welt unterstützt werden, gegenüber Israel und der jetzigen Regierung überhaupt nicht durchsetzbar sind? Ich möchte an das Interview im „Volksrecht" vom 16.Juli 82 erinnern, wo Sie zur Frage eines Abzuges der palästinensischen Kämpfer aus Beirut folgendes betonten: Die PLO fordere „Garantien dafür, dass die palästinensischen Flüchtlingslager rund um Beirut nicht dem Angriff der israelischen Armee oder der christlichen Milizen ausgesetzt sind". Trotz dieser Bedingung kam es zum furchtbaren Massaker in den Lagern von Sabra und Shatila.

Wir können jetzt sagen dass es ein Fehler war, Beirut zu räumen. Hätten wir Beirut nicht geräumt, wäre es nicht zum Massaker gekommen. Das ist sicher ein Argument. Ich glaube nicht, dass die Israelis jemals Westbeirut besetzt hätten angesichts der Präsenz der palästinensischen und der nationalen libanesischen Kräfte. Aber es gibt Momente, in denen die Führung eine schwere Entscheidung treffen muss. Nach 10 Wochen Luftangriffen und Bombardierungen vom Wasser und vom Land her, mussten wir aus humanitärer Rücksicht gegen die halbe Million Menschen, die solchen Angriffen ausgesetzt waren, die Chance geben zu überleben. Dies auch dann, wenn kein Libanese von uns den Abzug forderte. Beirut ist ja keine palästinensische Stadt, wo man ein heroisches Exempel in der Geschichte eines Volkes statuieren kann. Es bestand die Gefahr, dass im Falle einer Besetzung nicht nur die Strukturen der PLO, sondern die politischen Strukturen der libanesischen nationalen Bewegung bedroht waren. So kam es dazu, dass wir den Habib-Plan akzeptiert haben. Wir mussten zwar unsere militärischen Kräfte verlegen, aber dafür gab es Garantien, dass die politischen, sozialen, humanitären – im Sinne von medizinischen – Institutionen und die Flüchtlingslager geschützt würden. Was dann mit dem Massaker von Sabra und Shatila geschah ist eine moralische Frage für die PLO. Wir hatten all unseren Kämpfern versprochen, dass nichts passieren werde, dass ihre Familien bleiben könnten und geschützt würden. Das bedeutet somit eine gewisse moralische Verantwortung. Dieses Massaker wird uns aber nicht daran hindern, unseren militärischen und politischen Kampf weiterzuführen.

Die moralische, ebenso wie die politische Verantwortung liegt doch, nachdem verbal Garantien gegeben wurden, bei der internationalen Truppe, die Westbeirut vorzeitig räumte und insbesondere auf den Schultern der USA, die durch ihren Sonderbotschafter Habib für die Einhaltung der Garantien besonders verantwortlich gewesen wäre.
Inwieweit versucht die US-Administration mit solchen Vorstössen und neuerdings mit dem Reagan-„Plan" die arabischen Geschäftspartner zufriedenzustellen, die sich ja in den letzten Monaten keineswegs für die palästinensi-

sche Bewegung stark gemacht haben?

Wir wissen sehr genau, dass die israelische Aggressionspolitik gegen die Palästinenser und die arabischen Völker ohne die Unterstützung und ohne die Genehmigung der US-Administration nicht hätte durchgeführt werden können. Es ist ja kein Geheimnis, dass der Plan zur Libanon-Invasion zwischen Sharon und Haig ausgearbeitet wurde. Der palästinensische und libanesische Widerstand haben diesen Plan teilweise vereitelt und Haig musste von seinem Posten als US-Aussenminister zurücktreten. Das hat auch verhindert, dass West-Beirut Ende Juni gestürmt wurde. Mit Haigs Rücktritt wurde eine minimale Veränderung in der US-Administration vorgenommen.
Für uns ist der Reagan-Plan ein modifiziertes Camp-David. Wir müssen aber begründen, wieso wir diesen Plan ablehnen. Es ist ein Bestandteil der politischen Reife der palästinensischen Bewegung, dass wir von verbalrevolutionären Sätzen abgekommen und fähig sind, konkrete Analysen zu leisten. Wenn es im Reagan-Plan heisst, die israelische Souveränität gelte nicht für die Westbank und Gaza, die Israelis müssen zurück, so können wir nicht dagegen sein. Aber wenn gleichzeitig keine Unabhängigkeit für die Palästinenser vorgesehen ist, so sagen wir nein. Das Minimum wäre ein palästinensischer unabhängiger Staat in den besetzten Gebieten. Ob an Jordanien angeschlossen oder nicht, ist eine Frage der Souveränität. Wahrscheinlich wollen wir es aus verschiedenen Gründen, aber das ist eine Entscheidung einer unabhängigen Regierung, die die Macht auf jenen Gebieten übernehmen wird, wo die Israelis abziehen. Ich finde, in dem Reagan-Plan hat es einige positive Elemente, die einen Dialog eröffnen können, denn heutzutage kann man keine Politik machen, ohne die Sowjetunion und die USA zu berücksichtigen.

Der Fes-Plan, beschlossen am arabischen Gipfeltreffen, ist eine Teilabsage an den Reagan-Plan. Beide Pläne zusammen auf dem Verhandlungstisch unter der Schirmherrschaft der UNO und unter Beteiligung der Supermächte sowie mit Garantien der permanenten Mitglieder des UNO-Sicherheitsrates, ermöglichen vielleicht einen Kompromiss. Aber das hängt auch von der politischen und militärischen Situation im Nahen Osten ab. Wie es zur Zeit in der arabischen Welt aussieht, ist es kaum möglich, überhaupt zu einer politischen Lösung des Nahost-Problemes zu kommen. Unsere Aufgabe ist es, gegenüber Vorschlägen offen zu sein und gleichzeitig in den palästinensischen Lagern, in den besetzten Gebieten und im arabischen Lager eine Situation zu schaffen, um politisch näher an unsere Position zu kommen. Damit können wir auch Widerstand gegen den israelischen Plan leisten, der die Palästinenser überhaupt nicht berücksichtigen sowie die Okkupation beibehalten will, und anderseits gegen den Reagan-Plan.

In diesem Krieg haben die Palästinenser vielleicht zum ersten mal auf den eigenen Füssen stehen können. Früher wollten wir alle Seiten zufriedenstellen. Das war falsch. Die PLO muss eine klare Haltung für eine Lösung einnehmen, in der das Minimum respektiert und das Mögliche geschaffen wird

Aber das ist nur auf lange Sicht hin realisierbar. Die Amerikaner wollen ihre Araber auch zufriedenstellen und leider gibt es zuviele proamerikanische arabische Staaten, angefangen von Saudi-Arabien bis zu Ägypten. Es hat sich gezeigt, dass die pseudo-revolutionären sozialistischen arabischen Staaten noch korrupter und unfähiger sind als die reaktionären. Die Reaktionäre bleiben in der Dynamik des Wirtschafts- und des politischen Prozesses offen, die anderen jedoch haben sich in ihrem nationalen und sozialen Versagen eingekapselt. Die arabischen Regierungen sind in ihren eigenen Ländern von den Massen isoliert. Die Araber können den Palästinensern nicht helfen. Sie können es auch gar nicht, selbst wenn sie es wollten. Sie selbst haben enorme interne Probleme, politischer, sozialer und ökonomischer Art. Hier liegt die Aufgabe der arabischen Massen: Sind sie in der Lage revolutionäre, progressive Bewegungen zu schaffen, die entweder die Macht übernehmen, oder als starker Faktor, die Politik dieser Systeme beeinflussen können? Hier liegt auch die Aufgabe der PLO, die politische Zusammenarbeit mit den progressiven Bewegungen und politischen Parteien der verschiedenen Länder besser zu koordinieren. Dies ist eine sehr schwierige Aufgabe, denn alle diese Bewegungen sind zur Zeit politisch geschwächt und der Repression ausgesetzt.

Sie sprechen von einer realistischen Politik. Heisst das, dass die Nationalcharta der PLO zur Diskussion steht? In dieser Charta ist ja das strategische Ziel eines unteilbaren laizistischen Palästinas formuliert. Mit der Zustimmung zum Fes-Plan hat die PLO einen Kompromiss mit allen arabischen Staaten, also reaktionären wie „pseudorevolutionären", mit Ausnahme Ägyptens und Lybiens ausgehandelt. In diesem Plan steckt implizit die Anerkennung des Staates Israel. Zudem hat sich in der letzten Woche die DFLP (Demokratische Front zur Befreiung Palästinas, kommunistische Fraktion innerhalb der PLO) für die Anerkennung Israels ausgesprochen und von Arafat weiss man, dass er im Zusammenhang mit dem Fahd-Plan 1981 die Anerkennung Israels im Austausch für die Schaffung eines palästinensischen Staates befürwortete. Damals wurde er im Exekutivkomitee der PLO jedoch überstimmt. Bedeuten diese Vorgänge, dass die PLO Kurs auf eine Teilstaatlösung nimmt?

Das alles ist nicht neu. Schon nach dem Oktoberkrieg 1973 hat der Nationale Kongress eine Resolution verabschiedet, die besagt, dass die PLO den Aufbau einer nationalen Autorität auf jedem Gebiet, das von den Israelis geräumt wird, befürwortet. Das war die verschwommene Sprache der Palästinenser. Übersetzt bedeutet das einen Palästinenserstaat auf der West-Bank und im Gaza. Vielleicht hat dieser Krieg geschafft, dass wir offen sagen, wir wollen einen Palästinenserstaat in den 1967 besetzten Gebieten. Ob die Friedensinitiative auf die Anerkennung Israels hinzielt, ist eine Frage der Definition. Der Paragraph im Fes-Plan, der von der PLO formuliert wurde, spricht von Garantien durch den Sicherheitsrat für alle Nationen in Nahost, einschliesslich eines palästinensischen Staates.

Und einschliesslich Israels?

Einschliesslich Israels! Das sind internationale Garantien und die, die wirkliche Garantien brauchen, sind die Palästinenser. Israel sicher nicht! Die Frage der Anerkennung – und das ist keine Erfindung der Palästinenser – ist juristisch ein Akt der Souveränität. Weder Arafat noch Barakat können einfach zustimmen. Nur eine gewählte palästinensische Regierung ist zuständig für die zukünftigen Beziehungen zwischen Jordanien, Israel, Ägypten oder einem x-beliebigen Staat und dem Palästinenserstaat.

Und die Nationalcharta? Glauen Sie, dass diese Charta am kommenden Kongress verändert wird? Wie stellt sich die Frage der Gewalt nach Sabra und Shatila?

Nein, ich glaube nicht, dass eine Befreiungsbewegung ihre strategischen Ziele ändern kann. Es bleibt unser langfristiges Ziel, einen neuen Palästinenserstaat auf dem ganzen Gebiet Palästinas zu schaffen.

Nach dem Massaker gab es Äusserungen verschiedener Leute, die dahin gingen, dass eine politische Lösung nicht mehr möglich sei. Aber nachdem 400'000 Menschen gegen die Regierung Begin/Sharon auf die Strassen gingen und die Massaker verurteilten, müssen wir innerhalb der Israelis differenzieren. Diesen 400'000 Menschen müssen wir die Hand reichen. Wir müssen auch mit ihnen diskutieren um herauszufinden, was möglich ist. Das wird ein Beitrag unsererseits zur Unterstützung dieser Bewegung gegen den Faschismus und gegen die militärische Junta Israels sein. Wir dürfen Israel nicht mehr als einen einheitlichen faschistischen Block sehen. Wir wissen, dass Teile dieser demokratischen Kräfte zur Zeit für die Anerkennung der PLO, für die Gründung eines palästinensischen Staates einstehen. Nicht mehr und nicht weniger. Aber wir müssen diese positive Entwicklung in Israel sehen und sie in unsere Überlegungen einbeziehen.

Sie sagen mit Recht, dass man Israel nicht als kompakte Gesellschaft ansehen darf. Aber wird das Gewicht dieser 400'000er Demonstration, mitorganisiert von der Arbeiterpartei Simon Peres', die ja bisher zum Libanonkrieg weitgehend geschwiegen hat, nicht überschätzt? Es gibt ja ernsthaftere Oppositionsströmungen. Die Arbeiterpartei hat ja lange genug regiert und ich bezweifle, dass ihre strategischen Ziele stark von den Zielen der Begin-Regierung abweichen. Würde eine Regierung Peres einen Palästinenserstaat auch nur einen Schritt näher bringen?

Die Arbeiterpartei sicher nicht. Man muss aber die Situation in einem grösseren Zusammenhang sehen. Es gab wenige Befreiungsbewegungen, die bis zum Sieg gekämpft und ihre Länder militärisch befreit haben. Die Aufgabe einer Befreiungsbewegung ist es, eine günstige politische Situation zu schaffen. Wir Palästinenser haben in 17 Jahren nicht einen Quadratzentimeter Boden Palästinas befreit. wir haben jedoch erreicht, dass die PLO anerkannt ist, dass die Palästinenser ein Teil der politischen Karte der Welt sind, wir haben es wie die Vietnamesen und Algerier geschafft, dass in den Ländern

der Kolonialmächte selbst eine Spaltung stattfand. Sicher war die französische Armee nicht zerschlagen, als die Regierung in Paris entschied, mit der FLN ins Gespräch zu kommen und über die Unabhängigkeit von Algerien zu verhandeln. Sicher war die US-Armee in Vietnam nicht geschlagen. Die innenpolitische Situation in Frankreich und in den USA zwangen sie zur Aufgabe. Mit diesem längsten israelisch-palästinensischen Krieg, wurde das Palästinenserproblem zum internen Problem der Israelis. Ich meine, dass wir diese neue Entwicklung positiv betrachten sollen und wir müssen diesen Menschen, die auf die Strasse gehen, selbst wenn sie von der Arbeiterpartei mobilisiert werden, gewisse Signale geben und ihren Kampf weiter unterstützen. Es geht darum, andere Machtverhältnisse in Israel zu schaffen. Schliesslich, ob die Arbeiterpartei oder der Likud die Regierung stellen, beide wollen das Palästinenserproblem nicht zur Kenntnis nehmen. Aber beide müssen zuletzt Rücksicht nehmen auf die interne Situation in Israel. Dies ermöglicht auch einen aussenpolitischen Druck.

Was Begin, Sharon und Eytan getan haben, hat sogar zum Widerstand in den USA geführt. Nicht etwa aus Rücksicht gegenüber den Palästinensern, aber im Hinblick auf einige arabische Staaten mussten die USA ihre Politik modifizieren. Ich weiss nicht, ob man das politischen Opportunismus nennt oder politische Wirklichkeiten wahrnehmen. Wir Palästinenser kennen das zu gut um sagen zu können „geht uns nichts an". Wir haben allein gekämpft und gut gekämpft, wir haben politisch gut gearbeitet und zum ersten mal im israelisch-arabischen Konflikt war die PLO fähig, militärisch und politisch zu entscheiden, ohne Einfluss von aussen. Das heisst: Der arabische Druck ist jetzt so schwach, dass wir allein entscheiden können und gewisse politische Öffnungen vornehmen können. Dank dieser politischen Flexibilität, mit der Stärkung der militärischen Kräfte, mit Agitation in den besetzten Gebieten, schufen wir die Voraussetzung für einen Dialog mit verschiedenen Staaten. Wir konnten auch gewisse Änderungen in der einheitlichen Aussenpolitik der EG auslösen. Das war vor der israelischen Invasion nicht möglich. Jetzt gehen wir direkt in die Hauptstädte und reden mit den Leuten. In dieser Richtung haben wir viel erreicht: auf der einen Seite die internationale politische Anerkennung, zum andern die Stärkung des politischen Widerstandes der Palästinenser in den besetzten Gebieten, wo niemand mit den Israelis zusammenarbeitet, und zum dritten die innere Spaltung in Israel, die einen grossen Einfluss auf die Politik des Staates Israel haben wird.

Man darf also die Zustimmung zum Fes-Friedensplan dahingehend interpretieren, dass es auch darum geht, mit der israelischen Opposition ins Gespräch zu kommen. Bestehen konkrete Beziehungen zu den Oppositionskräften in Israel?

Wie gesagt, das Selbstbewusstsein der Palästinenser ist stärker geworden. Jetzt ist die PLO soweit, dass sie sagt: alle Kräfte in Israel, die bereit sind, die PLO anzuerkennen und das Recht der Palästinenser auf einen eigenen unabhängigen Staat zu unterstützen, sind uns willkommen.

Man weiss, dass Kontakte von Israelis mit PLO-Mitgliedern verboten sind und Zuwiderhandelnde in Israel unter Strafe gestellt werden. Trotzdem gab es diverse israelische Oppositionelle, die Kontakte zur PLO gesucht haben und selbst nach Beirut in das PLO-Hauptquartier gingen. Ihr habt unzählige Kontakte zu Regierungen in aller Welt aufgebaut. Gibt es nun auch feste Kontakte zu den Gruppen wie Rakach oder New Outlook, die ja seit langem für eine Teilstaatlösung und die Anerkennung der PLO einstehen?

Es gab feste Beziehungen, zum Beispiel zu Rakach und zu anderen Kräften. Aber diese Beziehungen waren limitiert auf Kräfte, die wir demokratisch nennen. Objektiv war diese Politik richtig, denn jeder Kontakt zu zionistischen Kräften hätte eine Stärkung des Zionismus und eine Schwächung der palästinensischen nationalen Bewegung bedeutet. Deshalb wurden auch entsprechende Beziehungen einzelner Palästinensergruppen von der palästinensischen Mehrheit verurteilt. Aber jetzt hat sich das geändert, nachdem wir feststellen mussten, dass grosse Massen in Israel auf die Strassen gingen, die eine Beendigung des Krieges, die Anerkennung der PLO und die Errichtung eines palästinensischen Staates forderten. Solche Kräfte gibt es selbst innerhalb der Armee. Arafat hat das in seiner Rede auf der Interparlamentarischen Konferenz im September in Rom hervorgehoben, indem er betonte, dass er nicht nur die israelischen Kräfte, die auf die Strasse gingen grüsse, sondern auch die israelischen Militärs, die wegen des Krieges aus der Armee ausscheiden und gegen den Krieg protestieren. Zum Beispiel die 1000 Offiziere und Unteroffiziere, die – in einer Note an Begin – sich weigern, einberufen zu werden.

Der Bruch geht erstmals auch weit über Israel hinaus und zeigt sich heute selbst in der Diaspora. In der Schweiz haben ja über 30 kritische Juden Erklärungen verabschiedet, in der sie sich in Gegensatz zur Begin/Sharon Regierung stellen. Welche Bedeutung messen Sie dieser Entwicklung bei?

Israel als isolierter zionistischer Staat lebt natürlich auch dank der Unterstützung durch die jüdische Diaspora. Deshalb duldete Israel eine Opposition im Lande selbst, aber niemals eine andere Meinung in der jüdischen Diaspora. Auch das hat sich heute glücklicherweise geändert. Angefangen bei Goldmann, Mendès-France, bei einem Teil der amerikanischen Juden, in der Schweiz sogar. Hier gibt es nicht nur die 30, die diese Protesterklärung verfasst haben, sondern sogar Gruppen wie die jüdische Kultusgemeinde. Gerade sie wurden ja von Begin als Verräter beschimpft. Diese Spaltung zwischen jüdischen Kräften im In- und Ausland bedeutet eine wichtige Schwächung der Clique, die zurzeit Israel regiert.

Wird sich der schweizerische Bundesrat noch lange darum drücken können, die PLO zu anerkennen? Die Schweizerische Regierung drückt sich ja stets um diese Frage, indem sie erklärt, sie anerkenne prinzipiell nur Regierungen und nicht Befreiungsbewegungen.

In dieser Frage bin ich sehr pragmatisch. Wir sind eine Befreiungsbewegung

und kein Staat. Wir geben mehr auf Kontakte als auf Prestige. Ich glaube, die Schweiz, ob sie es nun will oder nicht, hat de fakto die PLO anerkannt. In dem Moment, als Bundesrat Aubert Herrn Kaddumi, Chef der politischen Abteilung der PLO, empfangen hat und seit 1970, als der Bundesrat politische Kontakte und Verhandlungen mit der PLO aufgenommen hat, hat sie die PLO politisch anerkannt. Alles andere sind Prestigefragen. Ob die PLO ein Büro mit palästinensischer Flagge und mit diplomatischem Status besitzt, das ist alles nur der Rahmen.

Aus dem man aber hinausfallen kann!

Politisch sind wir in Kontakt mit der Regierung in Bern. Ich hoffe, dass die Schweiz bald Mitglied der UNO wird und sich nicht mehr hinter dieser „Neutralität" verstecken kann. Dann muss sie Position beziehen.

Das Gespräch mit D. Barakat führte WIDERSPRUCH-Redaktor Franz Cahannes am 3. Oktober im Kinderdorf Pestalozzi in Trogen, wo 40 palästinensische Waisenkinder während 2 Monaten untergebracht waren.

Simha Flapan

Der Krieg im Libanon – Die bittere Wahrheit

Unsere schlimmsten Befürchtungen haben sich bewahrheitet. Ariel Sharon hat den Krieg, den er so sorgfältig vorbereitet, verlangt und veranlasst hat, bekommen. Es ist Israels sechster Krieg – blitzartig geführt von einer starken Armee, zu Wasser, zu Lande und aus der Luft, mit den raffiniertesten und zerstörerischsten Waffen. Das Ziel, so erklärte die Regierung, sei die Sicherung des 'Friedens für Galiläa' durch Zerstörung und Verschiebung der PLO-Artillerie- und Katjuscha-Stützpunkte 40 km nördlich von Israels Grenzen.

Diese Erklärung bezweckte offensichtlich die Mobilisierung einer nationalen Unterstützung des Krieges in Israel und die Neutralisierung internationaler Bedenken gegenüber einer möglichen Eskalation der Auseinandersetzungen bis zu einem Krieg mit Syrien oder gar einer Konfrontation der Supermächte. Beides wurde erreicht. Wer hätte sich denn einer Aktion widersetzen wollen, welche die Bewohner Galiläas endlich aus der dauernden Bedrohung des Lebens, aus den Verletzungen und Zerstörungen befreit hätte? Nur wenige Leute allerdings hatten irgendwelche Zweifel darüber, was *Sharons wirkliches Ziel* war: die *Liquidierung der PLO;* die Errichtung einer von der *Phalange beherrschten Regierung,* die den Rückzug der syrischen Truppen aus dem Libanon fordern würde und die Präsident Assad und seinem Bündnis mit der USSR einen demütigenden Schlag versetzen würde.